

Antrag 5



Arbeiterkammer Steiermark

13 Millionen Euro Hilfe für Pandemiefolgen für Kinder und Jugendliche.

Leider nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“.

Laut einer neuen Studie von Forschern der University of Queensland und der University of Washington ist die Zahl der psychischen Erkrankungen in der Welt aufgrund der Corona-Pandemie erheblich gestiegen. Im Jahr 2020 kamen schätzungsweise 53 Millionen zusätzliche Fälle von schweren depressiven Störungen und rund 76 Millionen zusätzliche Fälle von Angststörungen, welche auf die Pandemie zurückzuführen sind, zu den jährlich normalen Fällen hinzu, so die Studie. Das entspräche einem weltweiten Anstieg um 26 Prozent bzw. um 28 Prozent, schreiben Forscher in der Zeitschrift The Lancet.

Psychische Erkrankungen waren in Österreich schon vor der Pandemie einer der Hauptgründe für Krankenstände und Frühpensionierung. Wie sich die psychosozialen Folgen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt und das Pensionssystem auswirken, werden wir in ein paar Jahren sehen. Wenn man bedenkt, dass sich das österreichische Gesundheits- und Sozialsystem vor allem über die Erwerbstätigkeit finanziert, so müssten bei diesen Zahlen sämtliche Alarmglocken läuten. Leider hat die Bundesregierung jahrelang nichts unternommen, um diesen negativen Auswirkungen entgegenzuwirken.

Kindheit und Jugend prägen ein Leben lang die psychische Entwicklung. **Wer als Kind oder Jugendlicher psychisch erkrankt, ist auch als Erwachsener psychisch stärker gefährdet.** Wir werden in den nächsten Jahren also auch eine deutliche Zunahme der gesundheitlichen und sozialen Ungleichheit erleben. Auch diese Entwicklung hat direkte Auswirkungen auf **die soziale Sicherheit und den sozialen Frieden.**

Junge Menschen sind psychisch sehr viel stärker belastet als ältere. Depression, Angst und Schlafstörungen haben sich bei ihnen besonders intensiviert. Mehr als

die Hälfte der österreichischen Jugendlichen kämpft mit depressiven Symptomen, sechs von zehn haben Essstörungen.

Gründe für die psychische Belastung von Kinder und Jugendlichen in der Pandemie sind auch vorallem im schulischen Bereich zu sehen, **da mit dem Wegfallen von Schulausflügen, Maturabällen und sonstigen Gemeinschaftsprojekten viele Aktivitäten fehlen würden, die das soziale Leben von Schülerinnen und Schülern prägen.**

Die Regierung hat heuer 13 Millionen Euro für die psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen bereitgestellt. 12,2 Millionen werden dabei ins Projekt "Gesund aus der Krise" fließen, die anderen 800.000 Euro werden zur Förderung junger Frauen und Mädchen an Frauengesundheitszentren gehen.

Knapp 12 Mio. fließen in eine Hotline, von der aus Betroffene an die zuständigen Beratungsstellen weitergeleitet werden. „Dass mit diesem Projekt mehreren tausend Kindern und Jugendlichen geholfen werden könne, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, werde aber nicht ausreichen. Wenn wir uns den akuten Bedarf anschauen, **werden davon lediglich 10 % gedeckt.** Die Mittel zur psychischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen müssen jetzt rasch aufgestockt werden“, sagte BJV-Vorsitzende Fiona Herzog. Weiters verweist der BJV auf die abgesagte Impflotterie, für die eine Milliarde Euro geplant waren. Ein Teil dieses Geldes könnte jetzt in die psychische Gesundheit junger Menschen investiert werden.

Der angekündigte Ausbau der präventiven und psychotherapeutischen Angebote sei viel zu wenig, daneben fehle ein massiver, rascher Ausbau der fachärztlichen Betreuung. „Es ist fahrlässig, dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie keinen einzigen Cent mehr zu geben. Genau dort sind die Fachärztinnen und -ärzte, die jenen jungen Menschen, die in den Pandemie Jahren akute Erkrankungen entwickelt haben, helfen können“, meinte etwa der Koordinator für Psychiatrie, Sucht- und Drogenfragen der Stadt Wien, Dr. Ewald Lochner. Verwunderlich sei außerdem, dass neue Strukturen auf der Ebene des Bundes geschaffen werden, ohne die bereits bestehenden Strukturen in den Ländern zu nützen, sagte Lochner. **Er fordert unter anderem deutlich mehr Mittel vonseiten des Bundes, mehr niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater mit Kassenverträgen, den Ausbau von multiprofessionellen Ambulatorien sowie einen Psychologen pro Schule, der durchgehend anwesend ist.**

Es braucht also nicht nur 13 Mio. Euro, sondern mindestens eine 0 mehr an finanziellen Mitteln lt. Experten, um diesen negativen Trend entgegenzuwirken und den sozialen Frieden und die soziale Sicherheit nicht zu gefährden.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für
Steiermark fordert daher den Gesundheits- und Sozialminister Johannes
Rauch auf, die Mittel für psychologische Hilfe beträchtlich zu erhöhen.**



KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
05.05.2022

Für
Arbeiter und **A**ngestellte